

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. **M** Kreis Merseburg
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 85.

Mittwoch, den 13. April 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Minister Dr. Simons demittiert.
Eine unbestimmte Meldung über die Kabinetsbildung.
Bismarck wird wahrscheinlich nach wie vor ab. — Fruchtschwerer Schaden bei Badum.
Die Besetzung der Kaiserin am Dienstag.
Die Entscheidung über den englischen Generalkrieg heute abend.
Eine neue Drohrede Branda.
Die Bauernaufrände in Rußland dehnen sich aus.

Zu den Äußerungen Simons' in Bern. Ein teilweises Dementi.

Die für mehrere angelegte Kabinetsbildung in Berlin ist auf heute verschoben worden, so daß über die Angelegenheiten, die der Außenminister Dr. Simons gegenüber dem „Matin“ Vertreter in Bern geäußert hat, noch keine völlige Klarheit geschaffen ist. Es wird jedoch von amtlicher Seite bereits festgestellt, daß der „Matin“-Bericht über das Manifest seines Interieurs dem Minister nicht vorzulegen hätte. Insbesondere seien mehrere Äußerungen des Ministers entfallen, die über den Inhalt der Äußerungen in Bern nicht genau sind. Der wichtigste Anhalt der Äußerungen des Außenministers, vor allem der Passus, in dem Dr. Simons ein neues deutsches Angebot in Aussicht stellt, wird nicht bestritten. Um diesen wird angefragt, daß Dr. Simons schon in den nächsten Tagen Gesandtschaften werden wird, sich über die von ihm angelegten neuen Vorschläge ausführlich zu erklären.

Es bleibt immerhin völlig unverständlich, wie es möglich ist, daß solche schwerwiegenden Äußerungen falls in die Welt gesetzt werden, vor allem fragt man sich über den Zweck, warum Dr. Simons sich gerade dem „Matin“ als seines Schwachreders bediente. Wenn nun schon an dem oben Referierten festgehalten werden mußte, angelegte deutsche Minister nicht mehr zu informieren, sondern auf den Bränden des Auslandes einzuräumen, so wäre ein neutrales Schwäzchen statt immer noch besser gemeint als ausgedrückt der deutschfeindliche „Matin“.

Das neue Kabinett?

Das Kabinett Stegerwald, das heute bereits vollständig werden soll, wird, wie die Morgenblätter mitteilen wissen, folgende Zusammenstellung haben: Präsidium und Volkswirtschaft Stegerwald, Inneres Severing (1), Handel Fischer, Kultus Gänisch, Justiz am Reichshof, Finanzen und Landwirtschaft je ein Deutscher, Braun, die als Minister ohne Portefeuille im Kabinett bleiben und die Vizepräsidenten im Stateminiisterium übernehmen. Und endlich diese Meldung über die Kabinetsbildung sehr zu zweifeln. Nebenfalls würden sich die Reichsparteien nach den gemachten Äußerungen mit aller Entschiedenheit gegen Severing als Innenminister und Braun als Vizepräsidenten wenden. Wie wir hören, lehnt die Deutsche Volkspartei überhaupt ein Kabinett ab, in dem die Sozialdemokraten durch politische Minister, die selbst aber durch die politische nahegehende Sachminister vertreten sein sollten.

Stegerwald hat doch freie Hand.

Gegenüber der Meldung der S. V. D., daß Stegerwald sich gegenüber durch überhöht ein Kabinett ab, in dem die Sozialdemokraten durch politische Minister, die selbst aber durch die politische nahegehende Sachminister vertreten sein sollten.

Ministerflucht in Sachsen.

Auch der sächsische Außenminister Dr. Barnisch tritt zurück. Nachdem er am Montag der einseitigen Wählertätigkeit des Reichsminister Schwarz bekannt geworden ist, hat

Die Lage in England ungeklärt.

Ein Ultimatum der Eisenbahner.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Arbeiterverbänden haben nicht zu dem erhofften Ergebnis geführt. Nach einer Meldung der „Wol. Fin.“ haben die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter der Regierung und den Grubenbesitzern ein neues Ultimatum überreicht. In diesem Ultimatum erklären sie, daß der Sympathiestreik zugunsten der Bergarbeiter heute um Mitternacht beginnen wird, falls bis dahin von Seiten der Arbeitgeber kein Lohnangebot vorliegt, das sie ablehnen, den Bergarbeitern zur Annahme empfehlen zu können. Die Bergarbeiter haben dem Dreierverband mitgeteilt, daß die Verhandlungen nicht mit einer Hoffnung auf Einigung wieder aufgenommen werden können. Sie fügt hinzu: Der Punkt ist erreicht, an dem der Verband mit Handeln beginnen muß. Man erwartet die Entscheidung Mitternacht, von einer Beilegung der Streitigkeiten sei man noch weit entfernt.

Die Vorschläge der Regierung.

Die englische Regierung hat den Bergarbeitern eine Forderung der Löhne nach Diktirien vorgelegt. Der Grundlag, nach dem diese Löhne normiert werden sollen, soll national bestimmt und von der allgemeinen Konkurrenz erdichtet werden. Die Vorschläge sind aus den einzelnen Diktirien sollen einem nationalen Komitee übergeben werden, in dem Grubenbesitzer und Bergleute vertreten sind. Die allgemeinen Diktirien sollen auf die Löhne entfallen. Wenn ein Vergleich auf diese Weise unbrauchbar ist, wird die Regierung kurze Zeit eine finanzielle Beihilfe garantieren, um einem zu schnellen Einbruch der Löhne in den am meisten betroffenen Bezirken Einhalt zu tun.

auch der Justizminister Dr. Barnisch dem Ministerpräsidenten mitteilt, daß er beim Stateminiisterium um seine Entlassung bitten werde. Dr. Barnisch hat inzwischen bereits einen Erholungsurlaub angetreten.

Die Säuberungsaktion in der Provinz.

Der amtliche Bericht.

Die lokalen Säuberungsaktionen werden überall planmäßig fortgesetzt. In Wandersdorf bei Ballenstedt wurden sieben Mann, die Dynamit ansetzt und verkauft hatten, festgenommen. Es wurden gefangen: 1 Rentier Dynamit, 20 Meter Amidschur, Sprengstoff, Sprengpatronen sowie Sprengholz. Die heutigen Unternehmensnachrichten sind: Godebula und Besta verließen erfolgreich. Bei der Erkennung wurden 20 Personen festgenommen, die verdächtig sind, an dem geplanten Anschlag auf das Vizepräsidenten beteiligt gewesen zu sein. In Godebula und Besta erfolgte die Festnahme von 27 Personen.

Ruhr zur Einwohnerwehrfrage.

Die Abschnung

der Entwaffnung wird erwogen und abgelehnt. Ministerpräsident Dr. von Ruhr teilt bei Vertagung der Einwohnerwehrfrage dem Stateminiisterium der bayerischen Regierung mit, daß die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen ausschließlich ohne Gefahr für die öffentliche Sicherheit und den Bestand des Landes nicht vorgenommen werden könne. Das Stateminiisterium der bayerischen Regierung habe in den Vorkursus eine sehr abweichende Wirkung ausüben und ein Weitergehen des Auftrags von Bayern verweigert. Die Abschnung der Entwaffnung im letzten Anschlag sei nicht als bloße Maßnahme der bayerischen Regierung abzuwarten, sondern weiterzuverfolgen und abzuwenden beizutreten.

Selbstschutzorganisationen in Anhalt.

Die anhaltische Regierung hat es den Ruhe und Ordnung lebenden Bevölkerung anheimgestellt, durch Bildung von örtlichen Heim- und Kurpflegerverbänden sich für Eigentum selbst zu schützen. Die Minister dieser Schutzverbände haben das Recht zum Waffenbesitz und dürfen verdächtige Personen anhalten und durchsuchen. Eine große Anzahl anhaltischer Gemeinden hat bereits auf diese Weise reagiert.

Neue Verhandlungsmöglichkeiten?

Am Reichstag hat Dr. Simons, Deutschlands Außenminister, erklärt, wir könnten nicht mit neuen Verhandlungsmöglichkeiten an die Alliierten herantreten. Er fand den Beifall des Reichstages, das noch unter dem Eindruck des Abbruchs der Verhandlungen in London stand. Die Situation war so, daß Deutschland als ein Verräter aufgetreten wäre, wollte es angedacht der Haltung der Alliierten mit neuen Vorschlägen kommen. Wir müssen abwarten, so war die allgemeine Ansicht, bis die Alliierten sich an uns wenden. Und daß das geschehen würde, schloß man aus der Mitwirkung der Sanktionen in den alliierten selbst am meisten durch die Strafmaßnahmen schädigen. Nun hat sich aber gezeigt, daß wir auch über die Niederbereitschaft der Londoner Tagung hinweg sind und daß die Alliierten konsequent bei ihren Entschlüssen bleiben. Soweit sie sich ihre eigene Politik schenken, müßten sie nicht, sondern sollten die Sanktionen, unbeeinträchtigt, so wie sie jetzt die Folge der Abreise von der Einfuhr durchgeführt oder ist dabei, sie durchzuführen. Außenminister ist jedoch festzustellen, das die Auswirkungen der Sanktionen nicht zu tragen vermögen. Und diese Haltung der Alliierten wohl bei dem Vorgehen der Einfuhr einzuweisen, das einmal ein Interesse nicht für alle Zeiten gehen zu lassen. Er ging nach der Schweiz, verließ sich über die italienische Grenze. Man sagte amtlich, Dr. Simons warte auf Urlaub. Heute weiß es jedoch alle Welt, der Urlaub Dr. Simons' war ein richtiger politischer Urlaub. Er ging um der Absicht aus Deutschland, nach neuen Verhandlungsmöglichkeiten zu spähen. Daß er dabei an Italien und die Schweiz als Vermittler dachte, lag bei der Haltung dieser beiden Staaten auf der Hand.

Und Dr. Simons scheint, wenn nicht alle Zeichen trügen, sein Ziel erreicht zu haben. Italien will sich für neue Verhandlungen böten. Dr. Simons hat nun einen ausländischen und die Schweiz will daselbe tun. In Berlin wird man in den letzten Tagen, in parlamentarischen Kreisen namentlich, davon zu erzählen, Dr. Simons stünde mit bestimmten Vorschlägen zurück, die die besten Aussichten für neue Verhandlungen böten. Dr. Simons hat nun einen ausländischen Journalisten gegenüber ebenfalls Ähnliches angedeutet. Und aus Frankreich kommt die bestimmte Bestätigung, Deutschland werde noch vor dem 20. April mit neuen Vorschlägen hervortreten. Italien scheint bereits bei den Alliierten den Boden geerntet zu haben. Sie sollen, also verläßt aus Paris, bereit sein, Deutschland noch einmal anzuhören. Selbstverständlich haben die Franzosen und Engländer den Wunsch, mit Deutschland wieder zu verhandeln. Sie haben aber wieder einmal vergessen, daß sie sich durchsetzen müssen. Sie ließen demnach, als von Deutschland die letzte Erklärung kam, wir könnten nicht die andere Hand zum Streichen hinhalten, wenn uns die erste Hand geschnitten wurde, erklären sie nicht daran, Deutschland um neue Vorschläge zu bitten. Sie warten, bis Deutschland in neue Vorschläge tritt. Und so weit sind wir heute. Wir bitten um gutes Wetter. Das wird die Alliierten befehlen, wie recht sie in der Einschätzung Deutschlands haben: Deutschland gibt nach, weil es glaubt nachgeben zu müssen.

Nun entlieh aber die andere Frage: Welche Vorschläge werden wir machen können. Wir haben mit dem Vereinigten Staaten verhandelt, haben versucht, was dort ein Darlehen zu erhalten, um es den Franzosen zahlen zu können. Das ist schließlich der einzige Weg, mit einem neuen Vorschlag zu kommen. Aber die Alliierten haben wir noch nicht zurückgelassen. Auch wissen wir nicht, ob wir von Amerika Geld erhalten können, also können wir es auch noch nicht anbieten. Daß wir aber in unseren Zugeländern weiter gehen als in London, scheint doch ausgeschlossen. Wozu sonst die ganze Komödie, wozu der Abbruch in London, wozu die erste Welle im Reichstag und die Regierungserklärung, die die Alliierten weitergehendes Zugeländers für Null und Nichtig erklärten? Man tappt wirklich noch im Dunkeln und es wird zum Außenminister vordringen bleiben, uns aufzuhängen, was er denn an neuen Vorschlägen den geduldigen Franzosen bieten kann. So leicht werden die Franzosen sich nicht dazu bewegen lassen, auf den Boden neuer Vorschläge zu treten, wenn sie nicht von vornherein die Gewissheit haben, sie erreichen diesmal mehr als in London. Jetzt haben sie ihre Schwärze über die Auswirkungen der Sanktionen überlassen, jetzt haben sie alle Maßnahmen getroffen, um Deutschland klein und unfähig zu machen, jetzt haben sie auf neue ihre Machtmittel

